

11 Jahre €U – Was hat's gebracht?

Vor elf Jahren wurde den Österreichern mit Angstmache und Drohungen der €U-Beitritt aufgezwungen: Wenn wir der €U nicht beitreten, dann werden Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Verarmung folgen. Nur ein €U-Beitritt sichere mehr Wachstum und Beschäftigung und sei ein Beitrag zum Frieden. 66 % haben deswegen damals dem €U-Beitritt zugestimmt.

Mittlerweile, 11 Jahre später, lehnen 68 % der Österreicher die €U ab. Das ist die größte Ablehnung unter allen €U-Ländern. Österreich hat heute die größte Arbeitslosigkeit der II. Republik. Die Menschen, die Arbeit haben, arbeiten mehr um letztlich weniger Geld als vor dem €U-Beitritt und der Sozialabbau geht weiter.

Vor dem €U-Beitritt wurde uns versprochen, die Neutralität würde unangetastet bleiben. Wie vor 11 Jahren sind heute weit über 80 % der Bevölkerung für die Beibehaltung der Neutralität! 95 % der politischen Klasse, die Politiker aller Parteien, die Institutionen, die Konzerne, die Militärs scheren sich nicht um den Willen der Österreicher und wollen die Neutralität ganz abschaffen, sei es durch die Teilnahme an den €U-Kampftruppen, sei es durch Zustimmung zur €U-Verfassung, die der österreichischen Neutralität widerspricht. Das ist die Vorstellung des Establishments von Demokratie. Wir sollen durch die neue offensive Euro-Armee wieder in Kriege hinein gezogen werden.

1995

VERSPROCHEN:

**Mehr
Arbeitsplätze.**

**Mehr Einkommen
und Wohlstand
für alle.**

**Der freie Arbeits-
markt wird die
Arbeitslosigkeit
besiegen.**

**Die Kaufkraft wird
steigen, jede/r wird
mehr haben – der berühmte
“Ederer-Tausender” 1.000,-
Schilling im Jahr mehr).**

2006

E I N G E T R E T E N :

Österreich hat heute **350.000 Arbeitslose**, das ist die höchste Arbeitslosigkeit seit 1945! Über 1.000.000 Menschen sind armutsgefährdet! Die Leistungen für Arbeitslose und Notstandshilfebezieher wurden reduziert, die Bezugsbedingungen verschäfft.

1995 arbeiteten die Österreicher durchschnittlich **41,3 Wochenstunden** (inklusive Überstunden), **2005** im Schnitt **44,1 Wochenstunden** - das ist die zweitlängste Wochenarbeitszeit von allen €U-Staaten. Die Nettoeinkommen für die Arbeitnehmer sind seit 1995 um 0,5% gestiegen, die Gewinne der Unternehmer haben sich fast verdoppelt (90%).

Ein besonderer Angriff auf das Lohnniveau und die Arbeitsbedingungen in der €U ist die geplante **Dienstleistungsrichtlinie (Bolkestein Richtlinie)**! Danach sollen ausländische Unternehmer, wenn sie bei uns ausländische Arbeiter beschäftigen, dies zu den Bedingungen des Herkunftslandes tun dürfen (Löhne, Arbeitsrecht, Arbeitszeit). Das wäre Lohndumping durch Billigstarbeitskräfte z.B. zu Löhnen wie in Portugal etc. Das ist das €U-Prinzip des „freien Wettbewerbs“, das würde bei uns zu noch mehr Arbeitslosigkeit und weiterer Verarmung führen. „Frei“ wären nur die riesigen Gewinne der Unternehmer.

Preise, Steuern, Abgaben und Tarife steigen, Löhne und Pensionen bleiben gleich bzw. sinken, die Kaufkraft nimmt ab. Die **Steuern der Masse** der Bevölkerung, die Lohnsteuern und die Konsumsteuern, machen schon **92 %**, die **Steuern der Reichen**, nur **6 %** des gesamten österreichischen Steueraufkommens aus. Die größten Konzerne zahlen praktisch keine Steuern mehr.

**„ Mehr Privat -
weniger Staat “
bedeutet Sicherung des
Wirtschaftstandortes
Österreich und kommt
allen zugute.**

**Liberalisierung
und Privatisierung
bringen Verbilligung,
Modernisierung und bes-
sere Versorgung.**

**Strom und Gas
werden billiger.**

**Die Bahn wird
„moderner“.**

**Die Post bleibt
„rot-weiß-rot“.**

**Es wird gleiche
Bildungschancen
für alle geben.**

**Reformen dienen
dem Erhalt
der sozialen
Sicherheit.**

**Die Pensionen sind
gesichert.**

**Gesundheit –
Versorgung für alle
bleibt auf hohem
Niveau erhalten.**

Arbeitsplätze und Firmen sind abgewandert (z.B. Unilever), große Firmen wurden an ausländische Konzerne verschleudert (z.B. VA-Tech an Siemens, Semperit an Continental), die **Gewinne und Dividenden fließen in die Taschen von Privatkonzernen und Börsenspekulanten** und werden ins Ausland transferiert (z.B. Billa, Telekom, Voestalpine, Böhler-Uddenholm, Bank Austria, usw.)

Die Liberalisierung von Strom und Gas brachte für die privaten Haushalte keine Entlastung, oftmals Verteuerungen, nur Großkunden und Industrie erhielten saftige Preissenkungen (bis zu 40 %).

Die Liberalisierung der ÖBB führte zu ständig steigenden Fahrpreisen, weniger Zugverbindungen, Einstellung von Bussen und Nebenbahnen, mehr Bahnunfällen, Personalabbau von 58.000 (1996) auf 35.000 (2010) Beschäftigte, Verlust von Marktanteilen im Güterbereich, dafür aber zu mehr ÖBB-Chefs (18 statt 4 Vorstände) mit hohen Gehältern.

Die Liberalisierung der Post bewirkte die Verteuerung von Briefen, Paketen und Dienstleistungen, das Zusperrern von 1.000 Postämtern, Personalabbau von 33.800 (1996) auf 23.000 (2007). Und am Ende steht die Privatisierung, sprich der Ausverkauf der „rot-weiß-rot“ Post. Die Privaten nehmen sich die gewinnträchtigen Teile heraus, die Versorgung der Allgemeinheit wird immer schlechter.

Studiengebühren von 720 € pro Student und Jahr wurden eingeführt, der freie Uni-Zugang wird durch Zugangsbeschränkungen abgeschafft. Gleichzeitig werden Privat- und Elite-Unis mit staatlicher Förderung aufgebaut. Studieren ist wieder eine Sache der Geldbörse.

Die **Pensionen** wurden **gekürzt**, das reale Pensionsantrittsalter erhöht. Private Pensionsanbieter erhalten staatliche Förderung, während die staatliche Pension gekürzt wird. Beiträge zur privaten Pensionsvorsorge erhöhen sich ab 2006 erheblich.

Höhere Selbstbehalte und Rezeptgebühren. denn je. Schon ein Drittel aller Gesundheitskosten sind Selbstbehalte, d.h. werden von jedem Einzelnen zusätzlich zum Sozialversicherungsbeitrag aus der eigenen Tasche bezahlt. Selbstbehalte sind unsozial, da sie Wenigverdiener wesentlich mehr belasten als Besserverdiener. Spitzenmedizin gibt es nur mehr für Spitzenverdiener.

**Das beste
Sozialversicherungs-
system der Welt
bleibt bestehen.**

Die **gesetzliche Sozialversicherung** (Krankheit, Unfall, Pension) soll durch finanzielle Aushungerung (immer weniger Einnahmen wegen steigender Arbeitslosigkeit, Ablehnung der Ausweitung der Beitragsgrundlage auf die Gewinne von Firmen, bzw. Aufhebung der Höchstbemessungsgrundlage) für die Zerschlagung und Privatisierung reif gemacht werden. Ziel ist, den privaten Versicherungskonzernen den bisher versprerrten Zugriff auf die von den Sozialversicherten eingezahlten Gelder von jährlich insgesamt 36 Milliarden Euro zum privaten Gewinnemachen zu ermöglichen.

**Österreichs
Atom - Nein
wird weiter
respektiert.**

Wir zahlen über EURATOM bis heute für den Weiterbetrieb (z.B. Temelin, Bonunice, Mochovce) und den Ausbau von AKWs in der EU (z.B. AKW-Neubau in Finnland). Allein der jährliche Direktbeitrag Österreichs zu EURATOM mach 40 Millionen Euro aus. Die gleichen Atomkonzerne, die AKWs bauen bzw. betreiben, sind auch am militärischen Geschäft mit Atomwaffen beteiligt.

**Österreich
bleibt „Umwelt-
musterland“.**

Österreich hat seine Umweltstandards zumeist auf EU-Niveau herabgesenkt. Förderungen von Alternativenergien werden gekürzt. Trotz 2 Millionen Unterschriften drückt die Regierung auch bei uns die von der EU gewollte GENisierung der Landwirtschafts- und Lebensmittelproduktion durch. Der LKW-Transit durch Österreich hat sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt. Die LKW-Lobby, gestützt von den Konzernen, runiert unsere Umwelt immer.

**Die bäuerlichen
Betriebe bleiben
erhalten.**

Rund 10 % der v.a. Kleinbauern haben seit dem EU-Beitritt aufgeben müssen. Die EU-Agrarförderungen für Österreich zeigen: 6 % der Großbetriebe erhalten 54 % der Mittel, 52 % der kleineren bäuerlichen Betriebe nur 4 % der Mittel.

**Österreichs
Neutralität
bleibt
unangetastet.**

Österreichs Neutralität wurde seit dem EU-Beitritt von allen Regierungen und Parteien für veraltet und letztlich überflüssig erklärt. Die Neutralität soll den europäischen Machtplänen der Konzerne und Militärs geopfert werden. Alle Parteien haben bereits 2005 am Volk vorbei im Parlament die EU-Verfassung beschlossen, die die Aufhebung der Neutralität bedeutet.

**Die EURO-Armee
dient der Friedenssi-
cherung, dem
Erhalt von
Menschenrechten
und Demokratie.**

Die neue EU-Militärunion dient Europas Großmachtinteressen, ist eine offensive Konkurrenz zur militärisch aggressiven USA im Kampf um Absatzmärkte, Rohstoffquellen, geopolitischen Einfluss. Unsere Herrschenden sind dabei willfährige Handlanger. Das Bundesheer wird in die neuen EU-Schlachtruppen (battle groups) eingereiht.

**EU-Europa ist eine
friedvolle Völker-
gemeinschaft
ohne Grenzen, eine
Solidargemein-
schaft.**

Unter dem Deckmantel des Begriffes „Solidargemeinschaft“ werden Kriegsvorbereitungen getroffen. Ab 2007 sollen Auslandseinsätze für Zeitsoldaten verpflichtend werden. Das Bundesheerbudget wird, als Einstimmung auf die neue EURO-Armee, allein von 2004 bis 2007 um 38 %, d.h. um 2,4 Milliarden Euro pro Jahr erhöht.

**In der € U herrschen
Freiheit und
Demokratie
für alle Bürger.**

Die persönliche Freiheit ist eingeschränkt durch: Chips im Reisepass, Überwachung per Video, Überwachung der Handys und des Internet, Lauschangriff, Wegweiserecht, Medienkontrolle. Das alles bedeutet weiterer Demokratieabbau, kann Terror aber nicht bekämpfen.

Die €U bedeutet weitergehende Aufgabe der staatlichen Souveränität und Unabhängigkeit unseres Landes und Fremdbestimmung durch Brüssel, d.h. durch die Polit-Zentrale für die Interessen der großen europäischen Konzerne.

Die weiterhin geplante €U-Verfassung, für die nun Schlüssel Reklame macht, hat als einer der wichtigsten Grundsätze, dem alles untergeordnet wird, die so genannten „4 Freiheiten“: „Freier Wettbewerb im unbeschränkten Binnenmarkt für Kapital, Waren, Dienstleistungen und Personen.“ Das sind die Freiheiten für den uneingeschränkten Profit der Unternehmer. Nach der €U-Verfassung gibt es sogar ein Verbot, „öffentliche Einrichtungen besonders zu fördern“, d.h. per Gesetz wird das Recht der Privatwirtschaft und ihrer Profite vor das Recht des Gemeinwohls gestellt! Die €U-Verfassung würde weitere Liberalisierung, Privatisierung, Sozialabbau, Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Menschen mit sich bringen.

Nur dort wo dieser Entwicklung Widerstand entgegengesetzt wurde, gibt es eine Chance! (z.B. Streik und Demonstration gegen die Zerschlagung von Postbus und Sozialversicherung.) Auf die Parteien ist ebenso wenig Verlass wie auf die Gewerkschaftsführung. Aktive Mobilisierung und Solidarisierung von unten ist die einzige Chance.

Die Umsetzung der €U-Verfassung würde aber auch die Aufgabe der Neutralität Österreichs bedeuten. Das ist Verfassungsbruch und hieße Hineinziehen Österreichs in neue Kriege in den EU-Schlachttruppen. In einem Strategiepapier der EU-Staatschefs Ende 2003 heißt es dazu u.a.: „Transformation Europäischer Streitkräfte von der Landesverteidigung in Richtung Intervention und Expeditionszüge ...“ und als Ziel dieser Streitkräfte heißt es dort: „Stabilitätsexport zum Schutz der Handelswege und des freien Flusses von Rohstoffen“.

Das bedeutet: Während die USA, nach dem Irak, nun einen neuen Krieg, gegen den Iran, das Land mit dem zweitgrößten Erdölvorräten der Welt vorbereitet und bereit sind, für ihre Profite die ganze Region in Flammen zu setzen, leistet die €U einerseits den US-Kriegsvorbereitungen Vorschub und rüstet nun selbst auch für Kriege um Erdöl, Erdgas und geopolitischen Einfluss. Und Österreich - geht es nach dem Willen aller Parteien, soll wieder mitmarschieren. **Das müssen wir verhindern!** Es geht nicht um Terrorbekämpfung und Friedenssicherung, es geht um Kriegspläne für Macht und Profit. **Lassen wir nicht zu, dass Österreich wieder in Kriege für Großmachtinteressen hinein gezogen wird!**

**Rücknahme des Parlamentsbeschlusses aller österreichischer Parteien zur EU-Verfassung!
Keine Beteiligung an der €U-Armee, keine Teilnahme an NATO-Operationen!
Ausbau des Sozialstaates! Für Neutralität, Selbstbestimmung und Friedenspolitik!**

GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg - Wer sind wir?

Weil auch die Gewerkschaftsführung gegen den Willen der Mitglieder Handlager der Atomlobby ist, haben wir uns schon 1977 als Initiative gebildet und sind er Folge als "Gewerkschafter gegen Atomenergie" zusammengeschlossen. Von keiner Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, bestreiten wir unsere Arbeit ausschließlich aus Spenden. Wer unsere Auffassungen teilt, den laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Ich bin gegen die €U-Auswirkungen und an weiteren Informationen interessiert - bzw. will Stk. dieses Flugblatts:

NAME
ADRESSE
E-mail:
Tel.:



Bitte kopieren und weitergeben